

Postulat Steiner-Kaltbrunn (26 Mitunterzeichnende):
«Einführung neuer Lohnausweise 2006

Die Regierung wird ersucht, die Einführung des neuen Lohnausweises unter Ausschöpfung aller ihm zur Verfügung stehenden Mittel zu verhindern und wird gebeten, beim Bundesrat bzw. beim Finanzminister Rudolf Merz ausdrücklich zu intervenieren. Im Weiteren soll sie Einfluss auf die Schweizerische Steuerkonferenz und der Arbeitsgruppe AGGNL (Arbeitsgruppe Gehaltsnebenleistungen) nehmen, nachdem die neuen Vorschriften noch nicht definitiv ausformuliert wurden. Sie soll anschliessend dem Kantonsrat Bericht erstatten.

Begründung:

Wie die Schweizerische Steuerkonferenz in ihrer Medienmitteilung vom 25. Februar 2004 ausführlich berichtet, soll der neue Lohnausweis definitiv per 2006 eingeführt werden. Er bringt Änderungen bei der Definition des Bruttolohnes; neu sollen auch die Gehaltsnebenleistungen in einem überhohen Detaillierungsgrad erfasst werden.

Einerseits ist zu befürchten, dass aufgrund der vorgesehenen Änderungen neues Steuer-substrat abgeschöpft wird, und andererseits führt dieser neue Lohnausweis zu einer weiteren massiven Erhöhung der administrativen Belastung von Unternehmungen, im Speziellen der KMU. Dieser trägt weiter nichts zur Verbesserung der Rahmenbedingungen von Unternehmungen bei.

Es wird ein nicht zu unterschätzender Zeit- und Finanzbedarf notwendig sein, um das neue System in den Betrieben einzuführen. Das bedeutet für die Arbeitgeber einen erheblichen Mehraufwand bei der Erstellung des Lohnausweises und wesentliche Kosten für die Umstellung der Software. In der wirtschaftlich ohnehin schon angespannten Lage ist dies unverantwortlich.

In der heutigen Zeit werden immer mehr Arbeitsplätze in Billiglohnländer verlagert, was auch auf die stetige Verteuerung der Lohnnebenkosten und den immer grösser werdenden administrativen Aufwand zurückzuführen ist. Auch die Kosten der Steuerämter für den zusätzlichen Kontroll- und Prüfungsaufwand werden steigen.

Die Einführung des neuen Lohnausweises bringt gravierende Nachteile mit sich und ist fern einer bürgernahen Steuerkultur. Der Bundesrat und die Schweizerische Steuerkonferenz sollen aufgefordert werden, einen unternehmensverträglichen Lohnausweis auszuarbeiten, welcher besonders auch den Bedürfnissen von Klein- und Mittelunternehmungen Rechnung trägt.»

4. Mai 2004

Steiner-Kaltbrunn

Alder-St.Gallen, Bertschinger-Schwarzenbach, Bruderer-St.Gallen, Egger-Gossau, Güntensperger-Dreien, Güntzel-St.Gallen, Hangartner-Altstätten, Hollenstein-Wil, Hostettler-St.Gallen, Huber-Rapperswil, Lendi-Mels, Meile-Bronschhofen, Richle-St.Gallen, Rieser-Eggersriet, Rohner-Sax, Rüegg-Rüeterswil, Schilling-St.Margrethen, Schlegel-Malans,

Schlegel-Grabs, Sieber-Lüchingen, Spiess-Jona, Spinner-Berneck, Wachter-Bad Ragaz,
Weder-Widnau, Zahner-Uznach, Zuberbühler-Uetliburg